

Landkreis wird zur Klima-Kommune

GNZ
5.10.17

Kontroverse Debatte im Kreistag um erneuerbare Energien / CDU, SPD und Grüne setzen sich durch

Main-Kinzig-Kreis (hgs). Mit einer Mehrheit aus CDU, SPD und Grünen hat der Kreistag dem Beitritt zur hessischen Klimaschutzinitiative „Hessen aktiv: Die Klimakommunen“ zugestimmt. Drei kleine Fraktionen und vor allem die AfD formulierten hierzu jedoch ihren Widerspruch.



**AUS DEM
KREISTAG**

Angelika Gunkel (Grüne) begründete den Beitrittsantrag ihrer Fraktion zu der Initiative des Landesumweltministeriums, die bereits 2009 als „100 Kommunen für den Klimaschutz“ gestartet ist und inzwischen 160 Städte und Gemeinden sowie neun Landkreise zu Mitgliedern hat. Ziel ist es laut der Grünen-Politikerin, durch einen

koordinierten Austausch unter den Mitgliedskommunen – etwa mit Best-Practice-Beispielen – vor Ort die Energieeffizienz zu steigern, die Treibhausgase zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen. Dies sei dann in einem Aktionsplan zu bündeln und umzusetzen. Die Mitglieder könnten bei passenden Projekten bis zu 20 Prozent höhere Förderquoten erzielen.

Von den 29 Kommunen im Main-Kinzig-Kreis sind neben Hanau, Maintal, Nidderau und Gelnhausen auch Schöneck und Schlüchtern Mitglied. Mit dem Beitritt unterzeichnet der jeweilige Bürgermeister oder Landrat die genannten Ziele in einer Charta, die neben der Erfassung der Kohlendioxid-Emissionen und der Dokumentation von beschlossenen Klimaschutzvorhaben unter anderem ein Konzept zur Beteiligung und Information der Öffentlichkeit vorsieht. Dieses soll die

Ausarbeitung des Aktionsplans begleiten, der nach Bewertung der Emissionsentwicklung nach Bedarf zu aktualisieren ist.

Namens der FDP-Fraktion sagte Rolf Zimmermann, dass die erneuerbaren Energien nicht grundlastfähig seien und etwa 28000 Windkraftanlagen in Deutschland nur etwa 2,5 Prozent der Primärenergie ausmachen. Von zentraler Bedeutung sei daher mehr Forschung zu Stromspeichermedien. Wegen einer „verfehlten Energiepolitik“ brauche es weiterhin Kohlekraftwerke.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD, Dr. Wolfram Maaß, attestierte, der Antrag der Grünen ergebe keinen Sinn, weil der Kohlendioxidausstoß in Hessen von 1995 bis 2012 um gut ein Fünftel gefallen sei, bundesweit aber stagniert habe oder leicht gestiegen sei. Im Übrigen liege die weitere Förderung von Windrädern

„durch den massiven Ausbau in Spessart und Vogelsberg“ nicht im Interesse der Bevölkerung. In Südhessen seien derzeit 175 Anlagen in Betrieb, 40 weitere seien bereits genehmigt und etwa 45 beantragt.

Auf Unverständnis stieß Maaß bei Angelika Gunkel, wenn dieser sich an Windkraftanlagen störe, die „vielleicht das Auge beleidigen“. Viel schwerer wiege der weltweite Ölverbrauch, da „die Industrienationen seit mehr als 150 Jahren die Sondermülldeponien der Erde verbrennen“. Überdies sei ohne aktiven Klimaschutz die Existenz ganzer Staaten wie der Fidschilands bedroht.

Heinz Lotz (SPD) konterte in der Debatte, in welcher Kritik an mehr als 20 Milliarden Euro bisher gezahlter „Ökostrom-Subventionen“ geübt wurde, dass der Aufwand für konventionelle Energien bei etwa 40 Milliarden Euro liege.